



Landesvorsitzende:

Lisa-Maria Pridik
Ron C. Straßburg

Jusos Brandenburg bewerten Halbzeitbilanz der Landesregierung

Die Kenia-Landesregierung hat in den vergangenen Wochen ihre Halbzeitbilanz vorgestellt. Nachdem die Jusos Brandenburg bereits die Anfänge der Regierung sowie die ersten hundert Tage beobachtet haben, nehmen wir die Halbzeitbilanz auch zum Anlass, um eine eigene Zwischenbeurteilung vorzunehmen. Auf Grundlage des Koalitionsvertrags erfolgt von unserer Seite eine Bestandsaufnahme. Uns ist bewusst, dass sich in Folge der Corona-Pandemie Schwerpunkte und finanzielle Möglichkeiten stark verschoben haben.

Fast erledigt: Ein*e Polizeibeauftragte*r für Brandenburg

Im Koalitionsvertrag der Landesregierung sowie als Beschlusslage der LDK der Jusos Brandenburg gilt das Bestreben, in Brandenburg die Stelle eines oder einer unabhängigen Polizeibeauftragten zu schaffen.

Das wird nun Realität! Die Koalitionsfraktionen CDU, Grüne und SPD schaffen eine solche Stelle. Der/Die Beauftragte soll eine wichtige Schnittstelle sein, an die sich Bürger*innen sowie Polizist*innen gleichermaßen bei Beschwerden wenden können. Wir begrüßen diesen Schritt ausdrücklich. Wie 2016 von uns gefordert, wird beim Landtag eine unabhängige Stelle angesiedelt werden, die es Bürger*innen und Polizist*innen ermöglicht, sich anonym über Probleme mit der Polizei oder über Missstände in dieser zu beschweren.

Der/Die Polizeibeauftragte hat weitreichende Befugnisse, diese Vorfälle zu untersuchen. Er/Sie kann vermittelnd auftreten, aber auch dem Landtag über mögliche Missstände berichten. Die Stelle muss kompetent besetzt sein und zu einer Institution der Brandenburger Innen- und Sicherheitspolitik werden. Das wäre sowohl ein Gewinn für Polizist*innen als auch die Bürger*innen. Wir werden die weiteren Umsetzungsbestrebungen demnach aufmerksam verfolgen.

Das Landlehrer*innenprogramm - ein Schritt in die richtige Richtung

Die Förderung von Lehrämter*innen, die sich dazu entscheiden, im ländlichen Raum tätig zu sein, ist unter mehreren strukturellen Entwicklungsaspekten von großer bildungspolitischer Bedeutung. Hierzu wurde im Koalitionsvertrag die Prüfung eines solchen Förderprogramms verankert. Die Jusos Brandenburg fordern ein derartiges Programm bereits seit langem. Die Umsetzung dieses Punktes kann nur als zufriedenstellend betrachtet werden.

Landlehrer*innen erhalten hierbei eine Pauschale von 600 €. Dazu gibt es Lehr- und Fortbildungsangebote, sowie eine Vernetzung unter den Lehrkräften. Im Gegenzug verpflichten sich die Lehrer*innen zu einem Dienst von mindestens drei Jahren im ländlichen Raum. Bisher ist



Landesvorsitzende:

Lisa-Maria Pridik
Ron C. Straßburg

es gelungen, dass alle 25 Stipendienplätze, vornehmlich von Grundschullehrkräften, belegt wurden.

Möglicherweise könnte man das Programm noch für jene attraktiver gestalten, die den ländlichen Raum als Wohn- und Arbeitsumfeld erst einmal gar nicht in Betracht ziehen würden. Erreicht werden könnte das mit der Ausweitung der Förderung für ganz konkrete Interessen. Hierbei sei beispielsweise an die Finanzierung eines Führerscheins, der im ländlichen Raum nach wie vor unabdingbar ist, gedacht.

Verbesserungen auf allen Ebenen der Mobilität, doch was ist mit dem 365-Euro-Ticket?

Im Koalitionsvertrag wurde der öffentliche Verkehr als Priorität bezeichnet. So sollte es zu Planungsbeschleunigungen kommen und im Rahmen des *Infrastrukturprojekte i2030* sollen über 180 km Schienenstrecke ausgebaut werden. Ferner sollten die Züge der Regionalbahnlinien durch eine Erhöhung der Zugzahlen ausgebaut werden. Mit der Taktverdichtung auf der Linie RE1 ab Dezember wird hier bereits ein erster Schritt der Umsetzung in naher Zukunft realisiert. Ebenso verdeutlichen die im i2030 angestrebten Projekte, etwa die flächendeckende Umsetzung des 10-Minuten-Takts der S-Bahn, dass der ÖPNV eine bedeutende Rolle einnimmt.

Um die Lausitz im Strukturwandel zu unterstützen, ist der flankierende Ausbau des ÖPNV in und um Cottbus zentral. So sollte gerade hier das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel, alle Brandenburger Oberzentren und Berlin in 60 Minuten miteinander zu verbinden, Realität werden. Dafür bietet es sich an, die Potentiale des umgebauten Cottbuser Hauptbahnhofs zu nutzen und die Lausitzstadt endlich ans ICE-Netz anzuschließen. Um die Attraktivität der Region als Lebens- und Arbeitsort zu stärken, sollte über generelle Taktverdichtungen aus Cottbus Richtung Berlin, BER, Leipzig, Dresden und Breslau beraten werden.

Dass diese Vorhaben auch tatsächlich und möglichst zeitnahe umgesetzt werden, ist essentiell wichtig, um nicht nur die Mobilitätswende im Land Brandenburg zu schaffen, sondern auch dafür, um einen Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaneutralität zu leisten.

Wir begrüßen diese Vorhaben und stellen lobend heraus, dass die Projekte allen Teilen des Landes zu Gute kommen. Gerade im ländlichen Raum leisten die PlusBus-Linien einen wichtigen Beitrag, um einen alltagstauglichen ÖPNV zu schaffen. Diesen zu verstetigen, ist für eine zukunftsgerechte Anbindung auch der ländlichen Räume unerlässlich.

Leider scheint eine Realisierung des 365-Euro-Tickets, welches langzeitige Juso-Forderung ist, noch nicht in Reichweite. Uns ist klar, dass aufgrund der finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie die Spielräume dafür begrenzt sind, allerdings darf dieses Projekt auch nicht aus den Augen verloren werden. Ein ÖPNV kann noch so gut sein, wenn er nicht bezahlbar ist. Gerade unter dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit halten wir es für unerlässlich, dass die Umsetzung eines 365-Euro-Tickets weiterhin ernsthaft verfolgt wird. Dabei halten wir es für sinnvoll, wenn eine Realisierung zunächst für die Bevölkerungsgruppen angestrebt wird, die davon besonders profitieren. Allen voran seien dabei insbesondere die Studierenden genannt, deren immense Erhöhung des Semesterticketpreises im vergangenen Jahr nur knapp verhindert werden



Landesvorsitzende:

Lisa-Maria Pridik
Ron C. Straßburg

konnte. Wir erwarten in Zukunft von der Landesregierung mehr Engagement, wenn es um den Erhalt eines kostengünstigen Semestertickets geht, welches für den Wissenschaftsstandort Brandenburg auch ein gewaltiger Standortvorteil ist.

Abgesehen vom ÖPNV lieferte die Landesregierung in der ersten Halbzeit ihrer Regierungszeit auch zahlreiche weitere Ansätze, um eine Verkehrswende zu schaffen. Besonders positiv seien hier die Schaffung von neuen Radverkehrs-Angeboten genannt.

Wichtige Investitionen - Doch wo bleiben die Studierenden?

Im letzten Jahrzehnt sind die Mietpreise stark gestiegen. Besonders für Menschen mit geringen Einkommen - häufig Auszubildende, Studierende oder Arbeiter*innen im Dienstleistungssektor - wurde es immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung in ihrer Heimat oder nahe am Arbeitsplatz zu finden. Gleichzeitig sind in vielen ländlichen Regionen Brandenburgs hohe Leerstandsquoten vorzufinden.

Im Koalitionsvertrag wurden verschiedene Maßnahmen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum verankert. Die Wohnraumförderung des Landes sollte verbessert werden und mindestens ein Volumen von 100 Millionen Euro pro Jahr erreichen. Dieses Ziel wurde 2021 mit 153 Millionen Euro erfüllt. Wir als Jusos Brandenburg begrüßen diese Entwicklung ausdrücklich, da nur so mehr und vor Allem bezahlbarer Wohnraum entstehen kann. Besonders im suburbanen Raum müssen in den nächsten Jahren mehr Wohnungen zu bezahlbaren Mieten geschaffen werden. Das ist notwendig, damit junge Menschen in ihrer Heimat verwurzelt bleiben können. Nur so ist eine zukunftsfähige und langfristige Entwicklung dieser Regionen möglich. Auch die im Koalitionsvertrag versprochene Verlängerung der Mietpreisbindung für geförderten Wohnraum sollte schnellstmöglich umgesetzt werden. Insgesamt ist die Wohnungsbauoffensive ein Erfolg der Landesregierung, diesen gilt es in den nächsten 2,5 Jahren weiterzuführen.

Der Ausbau von studentischem Wohnraum war bisher hingegen keine Priorität. Um das für den Hochschulstandort Brandenburg und viele junge Menschen wichtige Ziel der Versorgungsquote von 20% zu erreichen, müssen die Studierendenwerke in Zukunft endlich mit den entsprechenden Befugnissen und Instrumenten zur Kreditaufnahme ausgestattet werden. Nur so kann der Neubau von studentischem Wohnraum im benötigten Maß erfolgen. Wir fordern diese im Koalitionsvertrag verankerten Maßnahmen endlich umzusetzen. Bezahlbarer Wohnraum für Studierende muss eine Priorität der Koalition in den nächsten 2,5 Jahren werden.

Auch die Baubedingungen wurden, wie im Koalitionsvertrag beschlossen, angegangen. Die Bauordnung wurde an die Musterbauordnung des Bundes angepasst. Dadurch werden Baukosten gesenkt und das Bauen mit nachhaltigen Rohstoffen wie Holz auch im Geschossbau ermöglicht. Wir begrüßen diese Maßnahmen, jedoch muss aus unserer Sicht weiterhin der Fokus auf Nachhaltigkeit im Bausektor gelegt werden. Hier fordern wir am Zahn der Zeit zu bleiben und die Standards weiter zu erhöhen. So zum Beispiel mit besserer energetischer Dämmung und Energieeffizienz, aber auch mit Photovoltaik auf den Dächern von Neubauten. Nur so kann Brandenburg seiner Verantwortung zur Bekämpfung der Klimakrise gerecht werden.



Landesvorsitzende:

Lisa-Maria Pridik
Ron C. Straßburg

Klimaschutz und Strukturwandel zusammen gestalten.

Die Herausforderungen des Klimawandels sind gerade in Brandenburg schon jetzt spürbar. Ob Dürre, Hitze oder Waldbrände - die Klimakatastrophe ist zum Greifen nahe und zeigt uns mehr denn je, dass es fünf vor zwölf ist.

Die Einrichtung des im Koalitionsvertrags vereinbarten Nachhaltigkeitsbeirats begrüßen wir. Wir wünschen uns von der Landesregierung, auf die Vorschläge dieses Gremiums aus Wissenschaft, Forschung und Gesellschaft einzugehen.

Das Bekenntnis zum Pariser Klimaabkommen ist für uns eine Selbstverständlichkeit für ein auf Zukunft gerichtetes Regieren. Umso befremdlicher nahmen wir die öffentlich artikulierten Zweifel des Ministerpräsidenten am Kohleausstieg 2030 zur Kenntnis. Das von der Bundesregierung ausgegebene Ziel, bis 2030 aus der Braunkohle(verstromung) auszusteigen, ist für uns nicht verhandelbar. Energiewende und die soziale Frage gegeneinander auszuspielen, wird der gegenwärtigen Lage nicht gerecht und verbietet sich.

Vielmehr erwarten wir von der Landesregierung, den Turbo beim Ausbau der erneuerbaren Energien und bei der Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen einzulegen. Nur so kann das ehrgeizige Ziel eines bis 2045/50 klimaneutralen Bundeslandes erreicht werden.

Die im Koalitionsvertrag verankerte Energie- und Klimastrategie muss konkrete Antworten auf ganz essentielle Fragen liefern: Wie können der Netzausbau vorangetrieben und die Speicherkapazitäten erhöht werden; Stichwort Gravitationspeicher? Wie kann der Windradausbau beschleunigt werden? Welche Alternativen für Fernwärme aus Kohlekraftwerken gibt es?

Das Bekenntnis der Landesregierung zur Lausitz als Energieregion loben wir. Diese Versprechungen sind z.T. auch schon in politisches Handeln übersetzt, was vor allem den Menschen in der vom Strukturwandel betroffenen Region zugutekommt. Wenn die Koalition in ihrem Koalitionsvertrag von einer europäischen Modellregion spricht, wäre es jetzt an der Zeit, dieses Vorhaben zu spezifizieren und mit konkreten Maßnahmen zu unterfüttern: Welche Nachnutzungskonzepte gibt es beispielsweise für Schwarze Pumpe oder Jänschwalde?

Zudem fordern wir von der Landesregierung größeres Engagement, um auch jungen Leuten in der Region eine Zukunft zu geben. Der Aufbau der ersten staatlichen Universitätsmedizin in Cottbus ist deshalb nicht nur aus wissenschaftlicher Perspektive ein Gewinn für die Region.

Der festgeschriebene Staatsvertrag zur Strukturförderung erfährt unsere volle Unterstützung, da er der Lausitz v.a. finanzielle Sicherheit verspricht. Die Finanzierung des kommunalen Eigenanteils durch Landesmittel bringt den betroffenen Regionen signifikante Entlastungen.

Ein Konzept für ein Digitalland - jetzt muss die Umsetzung folgen

Neben der Bekämpfung der Klimakrise ist die Digitalisierung ist das entscheidende Thema der aktuellen Zeit. Nicht erst seit der Pandemie ist klar, dass in diesem Bereich Nachholbedarf besteht. So ist besonders in einem ländlich geprägten Flächenland wie Brandenburg ein Ausbau



Landesvorsitzende:

Lisa-Maria Pridik
Ron C. Straßburg

der Mobilfunk- und Glasfaserinfrastruktur entscheidend. Dies hat sich auch die Koalition als Ziel gesetzt. Der Erfolg ist leider schwer messbar und wenig transparent. Immerhin soll bis 2025 eine Milliarde Euro für den Glasfaserausbau an brandenburgische Gebietskörperschaften gehen. Zudem sollen in enger Zusammenarbeit mit der Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft durch den Bau neuer Funkmasten auch auf landeseigenen Flächen Funklöcher geschlossen werden. Leider fehlt eine transparente Kommunikation um den Erfolg dieser Maßnahmen quantitativ beurteilen zu können.

Das Ziel in der Entwicklung der digitalen Infrastruktur darf nicht nur auf das Aufholen beschränkt sein! Brandenburg muss in den nächsten Jahren zu einem führenden Digitalisierungsland werden. Daher ist es besonders schade, dass bezüglich Gigabit- und 5G Infrastruktur wenig passiert zu sein scheint. Modellprojekte wie die Modellregion Lausitz für 5G sollten endlich konsequent umgesetzt werden.

Ein weiteres Ziel der Kenia-Koalition war die Umsetzung des Online-Zugangsgesetz. Dies sollte bis 2022 geschehen und hunderte Verwaltungsdienstleistungen digital verfügbar machen. Dafür wurde 2020 sogar ein eigenes Portal eingerichtet. Zudem hat jedes Ministerium eine eigene Digitalstrategie erarbeitet. Hier wurde viel Arbeit in die Konzeption investiert, nun gilt es in den nächsten Monaten und Jahren dies umzusetzen.

Grundsätzlich wurden in den letzten 2,5 Jahren viele interessante und zukunftsweisende Digitalstrategien entwickelt und beschlossen. Doch bisher fehlt es häufig an zählbarem Erfolg, was sich nur bedingt mit der Pandemie begründen lässt. Es gibt richtungsweisende Modellprojekte, wie die SchulCloud, welche ein Paradebeispiel für gelungene Digitalisierung ist, jedoch ist vieles bisher nicht über die Planungsphase hinweggekommen. In den nächsten 2,5 Jahren müssen die Strategien zur digitalen Förderung, Digitalisierung in der Verwaltung und datenschutzkonformen Veröffentlichung von Daten wirksam umgesetzt werden.

Brandenburg ist auf dem richtigen Weg - zumindest in vielen Bereichen

“Insgesamt ist für uns ersichtlich, dass die Landesregierung in der ersten Halbzeit ihrer Regierungszeit bereits zahlreiche Projekte angegangen hat und dabei auch einige langzeitige Forderungen der Jusos umgesetzt hat - besonders freut uns dabei die Umsetzung des Landlehrer*innenprogramms. Dennoch gibt es auch für die Zukunft noch etliche Punkte, die es umzusetzen gilt. Wir werden in der zweiten Halbzeit der Regierung insbesondere darauf achten, dass die versprochenen Verbesserungen beim studentischen Wohnraum und der Strukturwandel in der Lausitz als Grundlage für eine klimafreundliche Gesellschaft angefangen und gut umgesetzt werden.“ äußern sich die Landesvorsitzenden der Jusos Brandenburg, Lisa-Maria Pridik und Ron Straßburg, abschließend.

Jusos in der SPD
Landesverband Brandenburg

Landesvorsitzende:

Lisa-Maria Pridik
Ron C. Straßburg



Für Rückfragen stehen Ihnen unsere Landesvorsitzenden zur Verfügung:

- Lisa-Maria Pridik: lisa-pridik@jusos-brandenburg.de / 01626367258
- Ron C. Straßburg: ron-strassburg@jusos-brandenburg.de / 015731658065